

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

5.11.1927 (No. 258)

Erpedition:
 Karlsruher
 Straße Nr. 14
Verantwortlicher:
 Nr. 953
 und 954
Postfachkonto:
 Karlsruhe
 Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
 für den
 redaktionellen
 Teil
 und den
 Staatsanzeiger:
 Chefredakteur
 C. A. Meub,
 Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2.— RM. einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gebühr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsbasis erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Dr. Luther über Deutschlands Erfüllungsmöglichkeiten

Wien, 5. Nov. (Tel.) Der ehemalige Reichskanzler Dr. Luther, dessen Offener Ausführungen über die Erfüllung des Dawesplanes in Frankreich stark kritisiert wurden, nahm Gelegenheit, sich in einem Interview, das der „Deuore“ zum Abdruck bringt, über seine Stellungnahme zu äußern.

In Frankreich, so erklärte er nach dem Bericht des Blattes, wurden Stimmen laut, die behaupteten, daß die Erfüllung des Dawesplanes von der Aufrechterhaltung der Besetzung abhängt, die seit Locarno und seit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund in den Augen des deutschen Volkes nicht mehr gerechtfertigt erscheint. Es wäre dies ein Fehler, ähnlich dem der Ruhrbesetzung, die der ganzen Welt so viel Schaden gebracht hat. Die militärische Gewalt kann die Ertragsfähigkeit Deutschlands nicht steigern. Ebenso kann man nicht stets auf Auslandsanleihen zurückgreifen, um die notwendigen Mittel zur Transferierung sicherzustellen.

Weit wichtiger ist vielmehr, daß Deutschland seine Absatzmärkte im Ausland erweitert und auf diese Weise die notwendigen Devisen erhält. Die Ausfuhr ist das Entscheidende. Damit sie sich entwickeln kann, muß eine Vorbedingung erfüllt werden, nämlich die ganze Welt muß davon überzeugt sein, daß ein wirklicher Frieden zwischen Deutschland und Frankreich herrscht. Nur so wird es Europa möglich sein, seinen so stark geschwächerten Anteil an der Weltwirtschaft zu erhöhen und die Transferierungsfähigkeit Deutschlands zu steigern. Im Verlaufe seiner Reise nach Südamerika sei er, betonte Dr. Luther zum Schluß, überall großen Mitleiden begegnet hinsichtlich der Stabilität der europäischen Beziehungen, solange die Besetzung des Rheinlandes andauere.

Ernennung von Brittwik zum Votschafter in Washington

Wien, 5. Nov. (Tel.) Der Votschaftsrat Dr. v. Brittwik und Gaffron ist heute zum deutschen Votschafter in Washington ernannt worden. Er wurde heute vormittag vom Reichspräsidenten empfangen.

Das Washingtoner Staatsdepartement hatte am gestrigen Freitag der deutschen Votschaft mitgeteilt, daß Präsident Coolidge das Agreement für die Ernennung des Votschaftsrats von Brittwik zum Votschafter in Washington erteilt hat. — Friedrich Wilhelm v. Brittwik und Gaffron ist am 1. September 1884 in Stuttgart geboren. Er ist ein Neffe des Generalobersten v. Brittwik, der zu Beginn des Krieges die Armee in Ostpreußen führte, bevor Hindenburg den Oberbefehl übernahm. Seit 1921 wirkte er als Votschaftsrat an der deutschen Votschaft in Rom. Brittwik ist Demokrat, er gilt als ein gewandter Diplomat, der auch in gesellschaftlicher Hinsicht den Anforderungen Washingtons genügt wird. Er ist mit einer geborenen Gräfin Strachwitz verheiratet. — Die Berliner „Germania“ stellt gegenüber einer Meldung des „Tag“ fest, daß, soweit das Zentrum in Frage kommt, von einer Vertimmung wegen der Ernennung keine Rede sei.

Wien, 5. Nov. (Tel.) Zur Ernennung des deutschen Votschafters in Washington schreibt „Kubik Ledger“ in einem Leitartikel: Es habe eine Zeitung verlautet, Deutschland würde einen seiner führenden Männer als Nachfolger Walhans entsenden, aber die deutsche Regierung habe nach reiflicher Überlegung einen Berufsdiplomaten gewählt, der still seiner Aufgabe nachgehen soll, ohne zu sehr im Rampenlicht zu stehen. Walhan sei unter ähnlichen Umständen hierhergekommen und hatte trotzdem einen glänzenden Erfolg in den Vereinigten Staaten. Diefem guten Beispiel soll Brittwik offenbar folgen.

Die Wohnungspolitik

Bei den Beratungen über den Entwurf des Gebäudeversicherungssteuergesetzes im Arbeitsausschuß des Reichswirtschaftsrates kam die Notwendigkeit der steuerlichen Erfassung etwaiger künftiger Mietserhöhungen zur Sprache. Der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums bezog sich in diesem Zusammenhang auf eine Erklärung, die der Staatssekretär des Reichsarbeitsministeriums, Dr. Geiß, anlässlich von Verhandlungen mit Vertretern der Länder in den letzten Tagen in Stuttgart abgegeben hat. Dr. Geiß hat dort darauf hingewiesen, daß eine planmäßige Wohnungspolitik nur in engstem Zusammenhang mit der allgemeinen Wirtschaftspolitik und Finanzpolitik getrieben werden könne. Eine wesentliche Voraussetzung einer planmäßigen Wohnungspolitik müsse die Erhebung des notwendigen Anteiles an der Hauszinssteuer für den Wohnungsbau sein. Dabei könne aber eine Erhöhung der gesetzlichen Miete weder für den 1. April 1928 noch überhaupt für absehbare Zeit in Betracht kommen. Schon aus Gründen der Lohnpolitik und der allgemeinen Wirtschaftspolitik müsse diese Frage aus der Erörterung ausscheiden.

Der Gesandte Birt freigesprochen. Der frühere estländische Gesandte in Moskau, Birt, der der Unbotmäßigkeit gegenüber den Befehlen der Regierung angeklagt war, wurde, wie aus Rival gemeldet wird, freigesprochen, aber seines Amtes für verlustig erklärt.

Erfolge der chinesischen Nordarmee. Marschall Tschanghols Truppen haben, wie aus Peking gemeldet wird, Tatum genommen und dringen in der Richtung auf Soping in Nordschanji vor. Fengyusangs Streitkräfte werden gegenwärtig aus ihren Stellungen nördlich des Gelben Flusses vertrieben.

Berliner Tagesbericht

(Eigener Bericht der „Karlsruher Zeitung“)

Die Antwort an den Reparationsagenten

M. Berlin, 5. Nov. (Priv. Tel.)

Die deutsche Antwort an den Generalagenten ist heute vormittag gegeben worden. Sie ist, worauf immerhin Wert gelegt werden muß, nicht im Namen des Reichsfinanzministers, sondern des Gesamtkabinetts erfolgt, wird also damit nicht als eine rein finanzielle, sondern auch politische Angelegenheit erklärt. Die Veröffentlichung der Antwort erfolgt erst morgen, doch ist ein Berliner Mittagsblatt in der Lage, heute schon gewisse Einzelheiten daraus zu geben, die auch nach unsern Informationen zutreffen dürften.

Der Generalagent hat in seiner Deuttschrift dringend höchste Sparsamkeit empfohlen, weil sie nach seiner Ansicht nicht unbedingt von der Reichsregierung geübt werden sei. Namentlich wirft er der Regierung vor, daß sie durch die neuen Vorlagen den Etat erheblich gefährde, wobei er sich in erster Linie auf die Befolungsvorlage bezieht, aber auch die beiden andern Gesetze, das Liquidationsschuldengesetz und das Schulgesetz werden dazu herangezogen. Ferner wird von einer nicht ausreichenden Kontrolle der nicht öffentlichen Ausgaben, also der Privatwirtschaft und einer immer größer werdenden Verschuldung an das Ausland gesprochen. Wir glauben nicht falsch unterrichtet zu sein, daß die Reichsregierung diese Vorwürfe im einzelnen widerlegt, und wie es ja schon in der Öffentlichkeit geschehen ist, die Zwangsläufigkeit der Steigerungen nachweist. Sie verteidigt auch die neuen Gesetze, die nicht nur von parteipolitischen Gesichtspunkten aus beurteilt werden dürfen, sondern auch von der politischen Einstellung Deutschlands. Das wichtigste werden wohl die Erklärungen sein, wieweit die Reichsregierung den Wünschen des Generalagenten Rechnung trägt und Abstriche vornehmen wird, und ob ein Druck in dieser Hinsicht auch auf Länder und Gemeinden ausgeübt werden soll.

Hierzu sei eine Bemerkung des „D. Z.“ erwähnt, wonach man in Kreisen der Regierungsparteien sich angeblich mit der Ablicht trage,

die Befolungsvorlage

zurückzuziehen, und lediglich einen Zuschlag zu den bisherigen Gehältern gewähren wolle. Solche Gerüchte sind schon seit längerer Zeit im Umlauf und auch von uns einmal schon kurz angebeutet worden. Nachdem jedoch gestern der Hauptauschuß des Reichstages einen entsprechenden Antrag des Bayerischen Bauernbundes abgelehnt hat und die Reichsregierung von neuem erklärt hat, daß sie zu ihrer Vorlage stehe, scheint dieser Weg versperrt zu sein.

In diesem Zusammenhang möchten wir auch auf die Vorgänge in Frankreich

hinweisen, weil sie doch durch die Verschlebung der französischen Schulden mit den Reparationen auch für uns eine gewisse Bedeutung haben. Nach den am gestrigen Abend vor dem Finanzausschuß des amerikanischen Kongresses abgegebenen Erklärungen hat Frankreich nicht die mindesten Aussichten, mit seinem Kampf um die Schuldenerleichterung vorwärts zu kommen. Es wird vielmehr ausdrücklich betont, daß das Mellon-Verenger-Abkommen, das noch nicht von Frankreich ratifiziert wurde, als die günstigste Lösung angesehen werde, zu der Amerika überhaupt seine Zustimmung gebe. Wir brauchen nicht zu betonen, daß damit auch die Lösung der Reparationsfrage gründlich erschwert wird.

Angebliehe Wutschlüsse in Oesterreich

Die österreichische Gesandtschaft in Berlin übermittelt der Presse eine Erklärung zu Meldungen über einen angeblich bevorstehenden Staatsstreich in Oesterreich. Diese Meldungen entbehren jeder Grundlage. Die Resolution des Parteitages der österreichischen Sozialdemokratie lasse nicht darauf schließen, daß eine Wiederholung der Ereignisse des 15. Juli zu befürchten sei. Ebenfalls wenig könne die Rede davon sein, daß die Organisationen für den Heimatschutz, die zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung und zum Schutze der Verfassung gegründet wurden, sich im engersten mit Plänen beschäftigen, wie sie ihnen untergeschoben werden. Verbes ist gleich abwegig, und die politischen Ereignisse nach dem 15. Juli in Oesterreich sprechen alle für die fortschreitende Konsolidierung der inneren Verhältnisse.

In den erwähnten Meldungen war behauptet worden, daß der italienische Faschismus mit der österreichischen Heimwehorganisation Beziehungen unterhalte, hauptsächlich durch den christlich-sozialen österreichischen Landeshauptmann Dr. Rintelen. Man wolle Deutsch-Oesterreich in die italienische Einflusssphäre einbeziehen.

Die Lage in der reichsdeutschen Textilindustrie hat sich weiter verschärft. In etwa 50 Firmen wird gestreikt. Am Montag erfolgt die Gesamtsperre, falls bis dahin keine Einigung erfolgt.

* Abgeordneter und Beruf

Wenn man von den gesetzlichen Ausschließungsgründen absteht, können jeder deutsche Staatsbürger und jede deutsche Staatsbürgerin, sofern sie am Wahltag 25 Jahre alt sind und seit mindestens einem Jahre die Reichsangehörigkeit besitzen, in den Reichstag gewählt werden. Und auch in den Ländern besteht das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht. An sich stehen also die Pforten des Parlaments einem jeden offen. Der Bewerber um das Amt des Abgeordneten sind keine Schranken gesetzt. Wird ein Volksgenosse als Kandidat aufgestellt, und wird er gewählt, dann zieht er in das Parlament ein, und niemand wird die Frage aufwerfen, ob sein Beruf als solcher ihn für dieses Amt besonders geeignet mache oder nicht. So verlangt es das demokratische Prinzip und die demokratische Anwendung dieses Prinzips.

Ob jemand persönlich für das Amt eines Parlamentsabgeordneten befähigt ist, das ist natürlich eine Frage für sich. Die Parlamente sind ja im Vergleich zur Gesamtbevölkerungsziffer kleine Körperschaften, und nur sehr wenige können in diese Körperschaft hineingelangen. Das ist eine Beschränkung, die in der Sache selbst liegt. Die Frage, die es hier kurz zu erörtern gilt, ist die, ob nicht vielleicht doch in der Praxis gewisse Beschränkungen für die Bewerbung des Mitbürgers um das Amt eines Abgeordneten bestehen. Die Frage ist nach einer genauen Untersuchung der wirklichen Verhältnisse bis zu einem gewissen Grade zu bejahen. Es ist in der Tat so, daß der Beamte vor dem Manne der Wirtschaft und den Angehörigen der freien Berufe eine Bevorzugung genießt. Die Beamten können für diese Bevorzugung natürlich nichts. Und es wäre lächerlich, sie dafür verantwortlich zu machen. Aber die Tatsache als solche besteht, und sie sollte in den Betrachtungen derer, die die politische Entwicklung der heutigen Zeit in ihren Eigenheiten schildern und in ihren Zusammenhängen zu erkennen versuchen, viel mehr berücksichtigt werden, als das für gewöhnlich geschieht. Namentlich für alle die Volksgenossen, welche es beklagen, daß heutzutage relativ so wenig Männer aus den praktischen Berufen in den Parlamenten sitzen, ist sie besonders interessant.

Warum ist der Beamte vor den Angehörigen der übrigen Berufe bevorzugt? Die Antwort ist sehr einfach: weil er Abgeordneter werden kann, ohne daß dadurch die Quelle seines Einkommens auch nur irgendwie verringert oder gar verstopft würde. Er bleibt Beamter und bezieht sein Gehalt auch während der Parlaments-tagung weiter. Hinzu kommen die Diäten; und der zur Ausübung seines Abgeordnetenamtes notwendige Urlaub muß ihm ohne weiteres bewilligt werden, ohne daß diese Zeitspanne auf den eigentlichen Erholungsurlaub angerechnet wird.

Die Angehörigen der übrigen Berufe, die Landwirte, die Kaufleute, die Handwerker, die Arbeiter, die Rechtsanwältler, Ärzte, Schriftsteller usw., befinden sich demgegenüber in einer unglücklicheren Lage. Für sie ist die Bewerbung um ein Abgeordnetes-Mandat oft schon von vornherein deshalb nicht möglich, weil sie ihren Beruf nicht im Stiche lassen können. Und selbst diejenigen, die sich eine Vertretung beschaffen können, oder deren Geschäft nicht allein auf ihre persönliche Betätigung angewiesen ist, werden immer befürchten müssen, daß irgend etwas zu ihrem Schaden getan oder versäumt wird, während sie ihren Pflichten als Abgeordneter genügen.

Soeben ist im Verlag G. Braun, Karlsruhe, eine sozialwissenschaftliche Abhandlung von Dr. Walter Kamm unter dem Titel „Abgeordnetenberufe und Parlament“ erschienen, die sich in lehrreicher Weise mit dem hier erörterten Thema beschäftigt. Besondere Beachtung verdient dabei die in dem Heft veröffentlichte Berufstabelle zum deutschen Reichstag. Wir ersehen daraus folgendes:

1912 gab es im Reichstag 23,2 Proz. Landwirte; heute nur noch 11,9 Proz. Der schon früher recht kleine prozentuale Anteil der Kaufleute ist bei der letzten Reichstagswahl (am 7. Dezember 1924) im Vergleich zu 1912 etwas gestiegen, von 8,8 Proz. auf 10,1 Proz. Ebenso ist der kleine prozentuale Anteil der Handwerker einschließlich der Arbeiter und Angestellten gestiegen, und zwar von 4,8 Proz. auf 8,0 Proz. Ganz beträchtlich gesunken ist der prozentuale Anteil der Ärzte, Schriftsteller, Journalisten und Rentiers; er betrug 1912 zusammen 18,1 Proz. und beträgt heute 13 Proz. Auch die Advokaten und Notare sind von 10,1 auf 3,7 Proz. gesunken.

Wie steht es nun mit dem prozentuellen Anteil der Beamten einschließlich der Gemeindebeamten, Lehrer und Geistlichen? Er ist von 21,9 Proz. auf 26,1 Proz. gestiegen. Das heißt: während 1912 gut ein Fünftel der sämtlichen Reichstagsabgeordneten Beamte waren, ist jetzt gut ein Viertel des gesamten Reichsparlamentes aus Beamten zusammengesetzt. Der prozentuelle Anteil der Beamten (im weiteren Sinne dieses Wortes) an der Gesamtbevölkerungsziffer beträgt aber nur etwa 8 bis 10 Prozent.

Mehr als verdoppelt hat sich der Anteil der Privatbeamten, der Parteifunktionäre und der Gewerkschaftsbeamten; er ist von 12,1 Proz. auf 25,1 Proz. gestiegen. Was die Parteibeamten anlangt, so befinden sie sich in einer ähnlichen Lage, wie die reinen Beamten, da auch sie ihrer Abgeordnetenpflicht genügen können, ohne eine Minderung ihres sonstigen Einkommens befürchten zu müssen, ja geradezu in der Erringung des Abgeordnetenmandats die Erfüllung ihres Parteibeamtenberufes erblicken dürfen. Mehr als die Hälfte der Reichstagsabgeordneten setzt sich demnach heute aus Beamten, Parteifunktionären, Privatbeamten und Advokaten zusammen.

Besonders auffallend ist die schwache Beteiligung der Landwirte (11,9 Proz.). Der Landwirt kann eben am schwersten von seinem Beruf abkommen. Auffallend gering ist auch die Beteiligung der Arbeiter und handwerklichen Angestellten, obwohl diese Kategorie doch ziffernmäßig die stärkste Volksschicht darstellt; sie beträgt lediglich 6,4 Proz. Die praktisch tätige Wirtschaft, als Ganzes gesehen, hat prozentual folgende Beteiligung: 11,9 Proz. Landwirte, 10,1 Proz. Kaufleute und 8,0 Prozent Handwerker einschließlich der Arbeiter. Das macht zusammen nur 30 Proz.

Inwieweit man aus diesen Zahlen bestimmte Lehren ziehen will, das ist eine Frage, deren Beantwortung den Regierungen und den politischen Parteien überlassen bleiben muß. Die ihre Leser unterrichtende Publizistik hat lediglich die Aufgabe, die Dinge so zu beleuchten, wie sie nun einmal sind. Und die Schrift Dr. Walthers liefert dafür noch mancherlei dankenswerte Unterlagen.

Der Besatzungsabbau beendet. Nach einer Meldung des Berliner demokratischen Zeitungsdienstes ist der vorgesehene Besatzungsabbau vollendet. Wie vorgeesehen, haben 10 000 Mann fremder Truppen das Rheinland verlassen.

Freilassung des Lehrers Kiebel. Nach Blättermeldungen aus Innsbruck ist der Lehrer Rudolf Kiebel aus Neumarkt in Südtirol in Trient, wo er 49 Tage in Haft war, freigelassen und an die österreichische Grenze gebracht worden. Er wird demnach eine Lehrerstelle in einem Orte bei Innsbruck antreten.

Lohnstreik der Danzig-polnischen Eisenbahner. In der Lohnstreikfrage der Arbeitnehmer der polnischen Staatsbahndirektion hat, wie aus Danzig gemeldet wird, die Obersichtsungsstelle am 8. November einen Schiedsspruch gefällt, der gegenüber dem vorhergehenden Schiedsspruch eine wesentliche Verschlechterung bedeutet. Es ist mit einer Arbeitsniederlegung zu rechnen.

Die passive Resistenz in der Tschechoslowakei. Nach Meldungen aus Prag wurde auf den Bahnhöfen der Kohlenreviere und den wichtigsten Rangierbahnhöfen die Arbeit streng nach den Vorschriften" begonnen. Der Personenverkehr ist hier von noch vorläufig ausgenommen. Eine Verspätung in größerem Ausmaß wird von den Lastzügen gemeldet. Die Personenzüge kommen teils richtig an, teils mit Verspätungen bis zu 30 Minuten.

Badisches Landestheater

Ariadne auf Naxos

Diese gelegentliche Wiederaufführung des bekannten Straußwertes erfüllte nicht ganz die Erwartungen, die man zunächst wohl an die Mitwirkung von Lily Paskren geknüpft hatte. Ihre Ariadne war halb Solde, halb Brühilde, also keineswegs eine Figur von dem verschleierte symbolischen Format, wie es schon das Textbuch Hofmannsthal verlangt. Daher fehlte namentlich dem Opernliebhaber die feinere Psychologie; auf jede diskretere Verknüpfung der tragisch-tomischen Elemente, die erst den scheinbaren Widerspruch zwischen seriöser Antike und italienischer Buffonerie vollkommen aufhebt, mußte man fast ganz verzichten. Auch rein gesanglich befriedigte die Künstlerin weit weniger wie ihre lustige Partnerin Zerbinetta, deren Koloraturen allerdings Mary von Ernst grundmusikalisch und mit wundervoll grazioser Geste sang. Soweit ich der Vorstellung anwohnte, bewährten sich von unsern neuen Kräften Steffi Domes und Emmy Seiberlich im Naturstimmenensemble durchaus und ebenso Karl Lauffötter und Adolf Vogel in der Stregreifkomödie. Die sichere und rhythmisch geschmeidige Stabführung von Generalmusikdirektor Josef Krips, der mit viel Freude die wertvollen Einzelheiten der Partitur hervorzuheben mußte, machte sich überall fühlbar.

Badisches Landestheater. Bruno Frank, der Verfasser des heute Samstag zur Erstaufführung kommenden Schauspiel „Zwölftausend“ ist der deutschen Bühne kein Fremder. Sein bestes Stück unter den älteren war das Schauspiel „Die Schwefelstein und der Fremde“, das über mehr als 100 Bühnen ging. Von seinen erzählenden Büchern sind wohl der Roman „Trend“ und der Roman „Inklus“ „Tage des Königs“, der das Alter Friedrichs des Großen gestaltet, die geschäftigsten. Auch in sein neues Schauspiel „Zwölftausend“ wirft die Figur dieses Königs ihren mächtigen Schatten. Freilich sieht der Dichter etwas anderes in ihr, als das landesübliche Fridericus-Standbild. Dieser König war ja — so meint Bruno Frank — vor allem der Mann, der als der erste Monarch des Kontinents für seine Länder die Folter verbot; seine lebenslange Sorge galt einem besseren Gesetz und der Gerechtigkeit ohne Ansehen der Person. Es war in der Zeit jener deutschen Fürsten, die ihre Landeskinder bataillonweise als Schlachtvieh nach Amerika veräußerten, der Anwalt und Schlichter dieser Armen und Glenden; er führte in einer Epoche länderverderbender Prunkes ein Leben des Geistes und der ästhetischen Arbeit. — Die Regie führt Fritz Baumbach.

Aus der Musikwelt. Kapellmeister Dr. Knoll, der ehemalige 1. Kapellmeister am Badischen Landestheater, wurde an Stelle des verstorbenen Musikdirektors Fint zum Leiter des Orchestervereins Offenburg bestimmt.

Aus den Reichstagsausschüssen

Die Beamtenbesoldung

Im Haushaltsausschuß des Reichstages führte am Freitag in der weiteren Debatte Abg. Forstner (Komm.) aus, nur der Reichsbund der höheren Beamten begrüße die Vorlage; fast alle übrigen Beamtenvertreter lehnten sie zum Teil scharf ab. Die Stellszulagen seien Korruptionsszulagen. An den hohen Pensionen könne gekürzt werden.

Abg. Steintopf (Soz.) beantragt, die Besoldungsordnung von 1920 zur Grundlage der Besprechung zu machen. Staatssekretär Dr. Fopitz vom Reichsfinanzministerium wandte sich energisch gegen die Behauptung des Abg. Steintopf, daß Beamte des Ministeriums, die mit der Ausarbeitung der Vorlage beauftragt worden seien, Beziehungen zur „Täglichen Rundschau“ unterhielten. Ein von einem Jahr erschienenem Artikel könne nicht als Beweis einer Indiscretion gelten.

Abg. v. Guérard (Ztr.) erklärt, die Regierungsparteien legten sich nur deshalb Schweigen auf, weil sie die Beamten möglichst schnell in den Genuß der Aufbesserung bringen wollten. Die Aufrechterhaltung des Berufsbeamtenstandes sei ein Programmpunkt des Zentrums, auch Stegerwald stehe auf diesem Standpunkt (Widerspruch).

Nach weiterer Debatte wurden die Anträge Steintopf und Eisenberger abgelehnt. Die Einzelberatung wird daher am Dienstag vormittag mit der Novelle zum Besoldungsgesetz, nicht mit der Gehaltsneuregelung, beginnen.

Das Reichsschulgesetz

Im Bildungsausschuß des Reichstages betonte in der weiteren Aussprache am Freitag Abg. Löwenstein (Soz.) die Vorrangstellung der Gemeinschaftsschule deren verfassungsmäßige Festlegung auch Abg. Rheinländer für das Zentrum zugeben habe. Der Regierungsentwurf, der die Rechte der Gemeinschaftsschule an die Elternschule abtreten wolle, widerspreche also der Verfassung. Der Redner verlangt eine authentische Interpretation.

Reichsinnenminister v. Reubell erklärt darauf, eine materielle Auskunft könne er nicht geben, da sonst die Generaldebatte weitergehen würde. Er werde später darauf zurückkommen.

Darauf wurde die Generaldebatte geschlossen. Ein kommunistischer Antrag, die Regierung zur Zurücknahme ihrer Vorlage zu veranlassen, wurde abgelehnt.

In der dann folgenden Einzelbesprechung des Entwurfs begründete Abg. Dr. Löwenstein sozialdemokratische Änderungsanträge. Er verlangt vor allem eine genaue Formulierung der Ausgaben sämtlicher Schulen, die die Verfassung vorsehe.

Abg. Frau Dr. Bäumer (Dem.) begründet gleichfalls Änderungsanträge, sie verlangt Erziehung im Geiste der Völkerverbündung.

Abg. Hensel-Ostpreußen (Dnt.) tritt für die Fassung des Regierungsentwurfs ein und betrachtet es nicht als zeitgemäß, das Wort Völkerverbündung hinzuzunehmen.

Abg. Dr. Rosenbaum (Komm.) verlangt die Erziehung auf der Grundlage der kommunistischen Anträge.

Am heutigen Samstag wurde die Einzelberatung fortgesetzt.

Abg. Rheinländer (Zentr.) gab zu, daß aus Artikel 120 der Verfassung allerdings kein besonderes Recht der Eltern auf die Schule abgeleitet werden könne; eine indirekte Verbindung mit Artikel 146 sei aber doch gegeben. Das Elternrecht habe seine Grenzen an den Interessen des Kindes und an den Interessen des Staates. Die Schulerziehung solle die elterliche Erziehung unterstützen.

Abg. Münneburg (Dem.) verlangte im Gegensatz dazu, daß in § 1 das Vorrecht des Staates zum Ausdruck komme. Die Volksschule dürfe nicht ein Werkzeug des Elternwillens werden.

Abg. Goerne (Komm.) bekämpfte das von dem Abg. Rheinländer propagierte Elternrecht.

Namens der Deutschen Volkspartei erklärte Frau Dr. Matz, man müsse an der Staatschule festhalten.

Staatssekretär Zweigert interpretierte den § 1 dahin, daß er den Eltern und Lehrern kein besonderes Recht geben wolle. Dieser Paragraph sei nur von programmatischer Bedeutung.

Die lebenslängliche Zuchthausstrafe

Im Strafrechtsausschuß erklärte am Freitag in der weiteren Debatte Ministerialdirektor Bumle vom Reichsjustizministerium, daß auf lebenslängliches Zuchthaus nur selten erkannt werde. Meist handele es sich um Todesstrafen, die in lebenslängliches Zuchthaus umgewandelt würden. Schon deshalb sei die Einrichtung des lebenslänglichen Zuchthaus nicht zu entbehren.

Abg. Dr. Kahl (Dpt.) regte eine Bestimmung im Strafvollzugsgesetz an, daß nach Ablauf einer bestimmten Zeit bei allen lebenslänglich Verurteilten eine amtliche Prüfung einzutreten habe, ob diese Strafe fortgesetzt werden müsse.

Ministerialrat Schäfer vom preussischen Justizministerium erklärte dazu, Preußen habe derartige Generalprüfungen in den letzten Jahren wiederholt vorgenommen. Die Abschaffung des lebenslänglichen Zuchthaus könne leicht unerwünschte Rückwirkungen auf die Gnadenpraxis bei den zum Tode Verurteilten haben.

Abg. Frau Dr. Lüders (Dem.) beklagte sich über zu milde Urteile bei Sexualverbrechen.

Reichsjustizminister Dr. Berg zog aus dieser Klage den Schluß, daß man die Strafanordnungen des Gesetzes nicht weiter abschwächen dürfe, ob man bestimmte Nachprüfungen bei lebenslänglich Verurteilten wegen der Fortziehung der Strafe einführen solle, werde bei Beratung des Strafvollzugsgesetzes zu erörtern sein.

Abg. Känen (Komm.) führt den Fall Hölz als Argument gegen die lebenslängliche Zuchthausstrafe an.

Schließlich wurden die kommunistischen und sozialdemokratischen Anträge auf Abschaffung der lebenslänglichen Zuchthausstrafe abgelehnt.

Bei Behandlung der Geldstrafen verlangte Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) es möge auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Verurteilten entsprechende Rücksicht genommen werden.

Von der Regierung wurde bewiesen, daß dies jetzt schon geschieht.

Der Ausschuß beriet am heutigen Samstag die Ersatzfreiheitsstrafe an Stelle einer unbedingten Geldstrafe.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) beantragte, daß die Vollstreckung der Ersatzstrafe unterbleibe, falls die Geldstrafe ohne Verschulden des Verurteilten nicht eingeholt werden könne; denn durch die an Stelle der Geldstrafe tretende Freiheitsstrafe werde hauptsächlich der Besizarme betroffen.

Der österreichische Haushaltsplan

Der österreichische Nationalrat beendete am Freitag die erste Lesung des Budgets für 1928 und verwies die Vorlage an den Budgetausschuß.

Bei der Beratung erklärte der großdeutsche Abg. Dr. Sumpel, der Anschlusswille der deutsch-österreichischen Bevölkerung sei in den letzten Jahren mit elementarer Wucht zum Durchbruch gekommen, insbesondere die Wirtschaftsexperten seien aktiv hervorgetreten. Die großdeutsche Volkspartei stehe auf dem Standpunkt, daß eine dauernde Sanierung der österreichischen Wirtschaft unmöglich sei. Das Defizit der Handelsbilanz bleibe bestehen und nur der deutsche Markt habe sich als in hohem Maße aufnahmefähig für die österreichische Ausfuhr erwiesen. Seit 1925 habe Österreich wieder seine handelspolitische Freiheit, und niemand könne ihm wehren, wenn es sie fünfzig nach dem Grundlag der Selbstbestimmung gebrauche. Wenn heute die Südtiroler bedrückt werden, so sei das etwas, was den lebhaften Protest des ganzen deutschen Volkes hervorgerufen müßte. Der deutsche Reichszentralrat und Reichsaussenminister würden, wenn sie demnach in Wien eintreffen sollten, als die verantwortlichen Minister des großen Mutterlandes begrüßt werden, dessen Teil für alle Zukunft zu werden, der jenseitigen Willen des österreichischen Volkes sei.

Eine Verschwörung in der Roten Armee. Wie aus Riga gemeldet wird, sind in Moskau eine Anzahl Offiziere und Soldaten der Roten Armee unter der Anschuldigung verhaftet worden, eine Revolution vorzubereiten, die mit Hilfe von militärischen Streitkräften durchgeführt werden sollte. In erster Linie sollte die gegenwärtige Regierung gestürzt, Stalin und andere führende Persönlichkeiten des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei verhaftet und eine Militärdiktatur errichtet werden.

Karlsruher Konzerte

Mit gutem Recht hat das bad. Konservatorium für Musik bei seinem badischen Komponistenabend auch jene Musiker berücksichtigt, die zwar nicht in Baden geboren sind, aber doch seit längerer Zeit innerhalb der gelbten Grenzspähle leben. Daher kam in der Vortragsordnung des Konzertes an erster Stelle Victor Agel Serd zu Wort, zwar ein Russe von Geburt, jedoch ein früherer Schüler der Anstalt selbst und seither in Karlsruhe als schaffender Künstler tätig. Sein Duo für Violine und Violoncello (op. 16), das bei dieser Gelegenheit seine Uraufführung erlebte, ist vor allem im ersten Satz sehr anregend, der vorläufige Form mit linearer Melodie vereint und auch rhythmisch uralte Überlieferung erneuert. Zwei Stimmen richtig gegenüberzustellen und ihre Beziehung zueinander inhaltlich so zu ergründen, daß man sie wieder als elementare Werte empfindet, ist nach all dem Wissen und virtuosenhaften Können des 19. Jahrhunderts keine leichte Aufgabe. Von diesem Standpunkt aus gesehen liegen übrigens die folgenden Sätze auch nicht abseits der konsequent angestrebten Neubehandlung, sogar in der Serenade und im Intermezzo werden die Möglichkeiten jedes Instrumentes im Vergleich zu früher ganz anders und dennoch höchst einfach angewendet. Jedenfalls bezeugt das Werk, daß die Erfindungskraft des jungen Komponisten keinen Augenblick erlahmt; fern einer sprunghaft nervösen Motivüberfüllung besteht insbesondere seine formale Ausgewogenheit. Mit großem Ernst widmeten sich Josef Reischer (Violine) und Rudolf Hindemith (Violoncello) der eigenartigen Schöpfung, ihrer fesselnden Ausdeutung gelang es nicht zuletzt, der Darbietung wohlwollende Aufmerksamkeit und lebhaften Beifall zu sichern. In der Gefühlsphäre der Spätromantik noch tief verwurzelt sind die Kompositionen Heinrich Cassimirs. Bei der Klavier-Sonate (H-Moll) ist das nicht weiter verwunderlich, denn sie entstammt dem Jahre 1912 und ist somit unberührt von jeglicher Problematik. Nichts trübt den natürlichen Fluß dieser Musik, die freilich nur in schönem Klang schweben will. In drei Liebern, die ebenfalls zur Uraufführung kamen, scheint Cassimir weit freier und den Gefahren einer allzu starken romantischen Verbundenheit, die jene Sonate als ein typisches Übergangsmerkmal charakterisieren glücklich entronnen. Man hörte viel Eigenes aus diesen Gefängen nach Deyten Peter Gilles, die Jan van Gortom und Georg Mantel zu einprägnanter Wirkung brachten. Josef Schell, der schon die Sonate gespielt hatte, vereinigte sich nachher mit den beiden Streichern, um ein im Kontur nicht sonderlich bedeutsames, aber immerhin gefälliges Klaviertrio (op. 77) von Julius Weismann erstauszuführen.

Serenz Gegeblis, ein ungarischer Geiger, der seit Jahren in ganz Europa konzertiert, fand bei seinem hiesigen Violoncello wenig Entgegenkommen. Nur ein späterer Hörer

kreis folgte den von ihm gewählten Vortragstiteln. Nach dem Violoncellokonzert Ribaldis, dessen Wiedergabe seine ungewöhnliche Begabung erkennen ließ, enttäuschte einigermaßen die Kreuzer-Sonate; es fehlte jede feinere Durchführung der Übergänge, alles ward auf virtuose Effekte hin behandelt und dementsprechend künstlerisch verzerrt. Auch ein neueres Werk von einigem Gehalt (Debussis G-Moll-Sonate) hinterließ keinen nachhaltigeren Eindruck. Sollte den Interpreten außerdem Gustav Beck nicht mit bewährter Sicherheit am Flügel unterstützt, so wären nicht einmal die auf den Durchschnittsgeschmack berechnete letzte Programmnummer zu voller Auswirkung gelangt. So wurde aber meistens das äußere Gesamtbild eines technisch hervorragenden Könners gewahrt.

Ergänzend zum Münchner Gesangsabend der letzten Woche betraten diesmal zwei Berliner Kammeränger das Podium. Hermann Jadowler (Tenor) und Carl Kraun (Bass) gaben einen Lieber-, Arien- und Duettabend. Wie sehr noch des Tenors eminente Gesangskunst das altbekannte Niveau hält — Jadowler zählt eine Reihe der Vorkriegsjahre zu, den Mitgliebern des Landeshealers —, bestatigte vor allem die meisterhaft interpretierte Cavatine aus Coumouds „Rauhe“. Nicht mehr ganz zungelos hingegen paßte sich die etwas verhärtete Stimme dem weichen Liedstil Schuberts an. Das Material des anscheinend noch recht jugendlichen Bassisten besticht durch sonore Resonanz, hat aber neben auffallend angenehmer Tiefe auch nach oben eine viel Rundung und Elastizität. Carl Kraun nennt zweifellos einen der schönsten Stimmen sein eigen, die wir zur Zeit an deutschen Opern besitzen. Im Vortrag kommt freilich noch nicht alles zu erschöpfendem Ausdruck, man vermischt selbst bei seinen Arien nach dieser Richtung stärkere Kontraste und dynamisch eindringlichere Aufspielung. Eine eigene Note empfang das übrigens gut besuchte Konzert durch die Zwiesänge; es war schon ein seltener Genuß, wie sich da die Stimmen von zwei so bedeutenden Vertretern ihres Faches ausließen. Musikdirektor Georg Hofmann begleitete statt des ursprünglich vorgesehenen Berliner Kollegen auf seine umsichtig tüchtige Art.

Bruno Maischhofer kam wieder einmal von Basel herüber, um vor den vielen Freunden und Anhängern, die er sich hier mittlerweile erworben hat, zu musizieren. Ich hörte leider nur den ersten Teil der Vortragsfolge. Doch gleich Schuberts Wanderer-Fantasia, dies Standardwerk der klavieristischen Literatur, formte sich unter seinen Händen zu einem imposanten Ereignis. Nicht nur die sicher fundierte Technik, auch der kraftvolle Ernst, der aus der Auffassung des Pianisten sprach, zwang unbedingt zur Achtung. Der so vornehmlich angeregten Stimmung des Konzertes stand, wie man mir versichert, auch die weitere Durchführung des Programms (Werke von Reger und Chopin) nicht nach. S. S. S.

Erklärungen des württembergischen Staatspräsidenten

Bei der allgemeinen Aussprache über den Haushaltsplan von 1928 erklärte am Freitag im württembergischen Landtag Staatspräsident Dr. Bagille auf die Ausführungen der Opposition:

Der Vorwurf, daß die gegenwärtige Regierung abgewirtschaftet habe, sei in jeder Beziehung falsch. Württemberg habe unstrittig die besten Konjunkturdaten von allen deutschen Ländern und auch die geringste Arbeitslosigkeit. Der Regierung sei es gelungen, den Ausbau der Nord-Südbahn zu sichern, zum großen Kummer von Bayern und Baden; sie habe keine einseitige Wirtschaftspolitik betrieben, dem Landtage auch sorgfältig vorbereitete Gesetzentwürfe vorgelegt, den Vertrag mit dem ehemaligen königlichen Hause in einer beide Teile befriedigenden Weise geregelt und den Ausbau der Universität begonnen. Sie stehe in Verhandlungen mit der Stadt Stuttgart über eine zweckmäßige Verwendung öffentlicher Gebäude und Flächen, um bedeutende Ersparnisse in der Verwaltung zu erzielen. Die Denkschrift werde noch dem Landtage zugehen. Die Regierung habe außerdem die Realsteuern gesenkt. Ohne eine Änderung der Arbeitsstätten der Behörden in Stuttgart sei jede Vereinfachung der Verwaltung unmöglich. Die Demokraten hätten auf dem Hamburger Parteitag die Verschlagung der Länder proklamiert. In dieser Beziehung bestreite sogar eine Einheitsfront von den Kommunisten bis zur Deutschen Volkspartei. Durch die Beseitigung der Länder werde fast gar nichts gespart und an der Lage der Steuerzahler so gut wie nichts geändert. Die Verschiedenheit von Nord und Süd werde dazu führen, daß Süddeutschland ganz ins Hintertreffen komme. Das Wohl des württembergischen Volkes stehe über Parteizugehörigkeit. Preußen erhebe die höchsten Steuern in Deutschland. Die Zusammenlegung von Württemberg, Baden und der Pfalz zu einem Landesarbeitsbezirk würde der württembergischen Wirtschaft 6-7 Millionen RM mehr kosten, als wenn Württemberg für sich allein ein Landesarbeitsamt hätte. In wenigen Wochen habe der Reichstag das Budget um 600 Millionen erhöht, ohne nach Deduktion zu fragen. In diesem Absolutismus des Reichstages liege die Wurzel aller Übel, nicht in der Existenz der Länder.

Wegen Beschimpfung von Abgeordneten verurteilt. Der frühere Redakteur der Berliner „Koten Fahne“ Kiese, der in einem Artikel behauptet hatte, daß die Abgeordneten Berndt und Kieseberg von der Deutschnationalen Volkspartei und der Abg. Wehling von der Deutschen Volkspartei im Restaurant des Reichstages betrunken gesehen worden seien, wurde vom Schöffengericht Berlin-Mitte unter Auflegung der Kosten zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Ein russischer Amnestieerlaß. Der Regierungserlaß über die Amnestie ist in Moskau veröffentlicht worden. Danach werden die zur Todesstrafe Verurteilten zur 10-jährigen Gefängnisstrafe begnadigt. Ihr Eigentum wird eingezogen. Zu mehr als einjähriger Gefängnisstrafe Verurteilte werden freigelassen, wenn zwei Drittel der Strafe bereits verbüßt sind. Strafen unter sechs Monaten werden völlig erlassen. Alle von Gerichten oder Verwaltungsorganen wegen gegenrevolutionärer Tätigkeit während des Bürgerkrieges bis zum 1. Januar 1923 verurteilten Verhafteten werden freigelassen. Von der Amnestie sind ausgenommen aktive Mitglieder politischer Parteien, die den Sturz der Sowjetordnung anstreben, sowie wegen böswilliger Unterwerfung und Bestechung Verurteilte.

Badischer Teil

Der Stand der Herbstsaaten in Baden Anfang November 1927

St.-L.-M. Unter dem Einfluß der, während des ganzen Monats Oktober fast ununterbrochen andauernden trockenen Witterung konnten die Feldarbeiten überall gefördert und größtenteils erledigt werden. Die Kartoffelernte ist in der Hauptsache geerntet, die Rübenselder sind, mit wenig Ausnahmen, geräumt. Das noch vorhandene Grünfutter und die Herbstweide wird bei dem milden Wetter gut ausgenützt.

Die Herbstsaaten sind beinahe überall untergebracht und aufgelaufen und haben sich dank der Witterung im allgemeinen kräftig entwickelt. Die Befürchtung einer, infolge der andauernden Kälte im August und September drohenden Schneedeckung hat sich nicht verwirklicht. Schädigungen konnten bis jetzt nur in ganz wenigen Fällen, namentlich bei frühgeerntetem Roggen, festgestellt werden. Aus einigen Bezirken wird über Zunahme der Feldmäuse in leichteren Wäldern berichtet.

Berufskundliche Rundfunkvorträge

Einem in der Öffentlichkeit vielfach zutage tretenden Bedürfnis nach Aufklärung in beruflichen Fragen, suchen die neuerrichteten durch den Süddeutschen Rundfunk eingerichteten regelmäßigen berufskundlichen Vorträge Rechnung zu tragen. Die Vorträge werden in Verbindung mit dem Badischen und Württembergischen Landesamt für Arbeitsvermittlung jeweils Mittwochs um 18.45 Uhr veranstaltet. Die Berufsberatungstellen der Arbeitsämter Badens und Württembergs wirken dabei tatkräftig mit. Die Vortragsreihe beginnt am 16. November mit einem Vortrag über das Thema: „Warum brauchen wir eine öffentliche Berufsberatung?“. Soweit die Vorträge einzelne Berufe behandeln, werden sie sowohl badische als auch württembergische Verhältnisse berücksichtigen. Als Redner sind einestheils Berufsberater und Berufsberaterinnen, andernteils Berufsangehörige gewonnen worden. Die Vorträge dürften insbesondere für die vor der Berufswahl stehenden Schüler und Schülerinnen und für deren Eltern von größtem Interesse sein. Zu weiteren Einzelauskünften stehen jederzeit die Berufsberatungstellen bei den Arbeitsämtern zur Verfügung.

Stuttgart, der Sitz des Landesarbeitsamts für Württemberg, Baden und Hohenzollern

Von zuständiger Seite in Stuttgart wird mitgeteilt: Der Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung hat beschlossen, daß der Sitz des gemeinschaftlichen Landesarbeitsamtes für Württemberg, Baden und Hohenzollern nach Stuttgart kommt.

Das Rember Wert

Der schweizerische Bundesrat hat am Freitag das politische Departement ermächtigt, den mit Frankreich abgeschlossenen Vertrag, betreffend den Rheinstau bei Rembs, zu ratifizieren. — Außerdem wurden die Instruktionen für die schweizerische Delegation festgestellt, welche in der am 7. November in Straßburg beginnenden Tagung der internationalen Rheingrenzkommission teilnehmen wird.

Das Heidelberger Forschungsinstitut für innere Medizin

Unter dem Vorsitz des Präsidenten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Czajkowski von Harnad, hat am Donnerstag in Heidelberg eine Sitzung in der Angelegenheit des bekanntlich in Heidelberg vorgesehenen Forschungsinstituts für innere Medizin stattgefunden. U. a. waren Unterrichtsminister Reers und Minister des Innern, Remmele, zugegen; die Stadt wurde durch Oberbürgermeister Walz vertreten. Weiter waren noch einige auswärtige Gelehrte anwesend, darunter auch der Präsident der Rotgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, Czajkowski von Harnad. Zu irgendwelchen bestimmten Entschlüssen ist es, wie das „Heidelb. Tagebl.“ meldet, bei der Konferenz nicht gekommen, doch darf jetzt nach allgemeinem Eindruck angenommen werden, daß die Errichtung des der engen Zusammenarbeit von Medizin und Naturwissenschaft gewidmeten großen Forschungsinstituts gesichert ist und daß in den nächsten Monaten mit den Bauarbeiten begonnen werden kann. Die Stadtverwaltung hat beschlossen, für das Institut, das größte seiner Art in Deutschland, einen Bauplatz in der Nähe des neuen Badehauses zur Verfügung zu stellen.

Die Elektrifizierung der Bergstraße-Nebenbahnen

Die Elektrifizierungsarbeiten der bisherigen Dampfnebenbahn Mannheim-Ladenburg-Weinheim machen große Fortschritte. Zwischen Neu-Offheim und der Feudenheimer Fähre fährt die Bahn bereits auf dem neuen Damm. Nach der Anlieferung der Raste für die Fahrleitung ist zu schließen, daß die Strecke von Sodenheim nach Dieblingen und Redarhausen ebenfalls sofort nach Fertigstellung der Strecke Mannheim-Sodenheim Ende dieses Jahres in Angriff genommen wird. Mannheim-Schriesheim-Weinheim wird im nächsten Jahre elektrifiziert werden.

Zur Genehmigung des Flugverkehrs im besetzten Gebiet

Über die Bedeutung der Erteilung des Sichtvermerks für die deutschen Flugbescheinigungen auf den vorgesehenen vier Fluglinien durch das besetzte Gebiet nach Saarbrücken erfahren wir folgendes: Mit dem Schreiben der Interalliierten Rheinlandkommission an den Reichskommissar für die besetzten Gebiete sind die projektierten Flugverbindungen freigegeben, eine Befliegung mit deutschen Maschinen ist nunmehr möglich, bis auf eine Landung auf dem Flugplatz Saarbrücken. In diesem Punkte müßten erst die noch schwebenden Verhandlungen über die Beteiligung der Saarregierung an der Saarbrücker Flugplatzgesellschaft zu Ende geführt werden. Sobald diese Verhandlungen beendet sind, steht der Aufnahme des Flugverkehrs auf der Linie Frankfurt a. M.—Saarbrücken, die bereits im Winterflugplan vorgesehen ist, nichts mehr im Wege. Die Befliegung der übrigen drei Linien (München-Stuttgart-Karlsruhe-Saarbrücken, Stuttgart-Mannheim-Kaiserslautern-Saarbrücken und Düsseldorf-Köln-Trier-Saarbrücken) mit deutschen Maschinen wäre nach Klärung der Saarbrücker Flugplatzfrage sofort möglich, dürfte aber tatsächlich erst im kommenden Sommerflugplan aufgenommen werden.

Lohnbewegungen in Baden

Lohnverhandlungen in der badischen Textilindustrie. Wie der Eitlinger „Bad. Landmann“ hört, finden am Montag, den 14. November, in Freiburg Lohnverhandlungen in der Arbeitgebergemeinschaft der badischen Textilindustrie statt. — Entgegen allen anders lautenden Meldungen über guten Geschäftsgang geht die Textilindustrie des Albtales dazu über, die Arbeitszeit von 54 auf 48 Stunden in der Woche herabzusetzen. Der Grund zu dieser Maßnahme soll Mangel an Aufträgen sein.

Die Aussperrung in der Zigarrenindustrie. Aus Mannheim wird gemeldet, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen der Zigarrenindustrie auf die angekündigte Aussperrung mit sofortiger Arbeitsniederlegung geantwortet haben. Der größte Teil ist im Ausstand. In den Heidelberger Betrieben der Zigarrenindustrie streikten rund 1000 Arbeiter. Auf die unterbadischen Landorte hat der Streik bisher noch nicht übergegriffen. — Von der für den 12. November in Aussicht genommenen Aussperrung in der Tabakindustrie des ganzen Reiches werden 120 000 Arbeiter direkt betroffen.

Die Gewährung von Vorschußzahlungen. Das Personal der „Badischen Lokal-Eisenbahnen A.G.“ hatte am vergangenen Sonntag in Ettlingen eine Versammlung abgehalten, in der in einer Entschliebung das lebhafteste Bedauern darüber ausgesprochen wurde, daß bisher seinem Wunsche, die Vorschußzahlungen auf die neue Besoldung zu erhalten, nicht Rechnung getragen wurde, während Reich, Länder und Gemeinden ihren Beamten diese Vorschußzahlungen auf die neue Besoldung ab 1. Oktober 1927 zugebilligt haben.

Dieffallenschwindler u. Unterstützungsbetrüger

In letzter Zeit ist in Baden ein Betrüger aufgetreten, der bei Gastwirten vorpricht und sich als Bevollmächtigter des Geologischen Instituts in München ausgibt. Er mietet für sich und 12 Studenten, die nachkommen sollen, mehrere Zimmer. Er geht dann den Wirt um Besorgung eines Briefes an, in den er das von dem Wirt gegen einen wertlosen Wechsel erhaltene Geld getan hat. Diesen Brief vertauscht er unbemerkt mit einem andern, in dem nur Papierfingerringe sind. Die Geschädigten wurden jeweils um 40 bis 200 RM betrogen. Vermutlich der gleiche Täter verübt Unterstützungsbetrüger in Pfarrräumen, wo er um 15 RM bittet, um telegraphisch Geld von seinem Vater zu verlangen, damit er sich um eine Stellung bewerben könne. Das Landespolizeiamt warnt vor dem Betrüger und bittet, seine Festnahme zu veranlassen.

Die Mannheimer Straßenbahn. Nach dem Berichte der Stadt. Straßenbahn Mannheim für das Geschäftsjahr April 1926 bis 31. März 1927 hat die Zahl der beförderten Personen nur um 3 Proz. gegenüber dem Vorjahre zugenommen. Befördert wurden im Berichtsjahre insgesamt 53 754 146 Personen bei einer Leistung von 14 101 469 Wagenkilometern. Insgesamt betragen die Betriebseinnahmen im Berichtsjahre 7 224 557 RM, die Ausgaben 5 927 947 RM, so daß sich ein Bruttoüberschuß von 1 296 610 RM ergibt.

Gemeinde-Rundschau

Schul- und Rathausneubau in Neershausen. Der Bürgerausschuß befaßte sich mit der Frage der Errichtung eines Schul- u. Rathausneubaues, wozu die Vorarbeiten alsbald in Angriff genommen werden sollen. Der Neubau soll auf den Platz des jetzigen Rathauses neben der Kirche zu stehen kommen. Auch der Voranschlag wurde genehmigt und die Umlage auf 65 Pf. festgesetzt.

Der Bürgerausschuß Schopfheim genehmigte die unentgeltliche Abtretung von Bauplätzen an den Staat zur Erfüllung des neuen Finanz- bzw. Vermessungsamtes. Seitens des Bürgerausschusses wurde einstimmig dem Wünsche Ausdruck gegeben, daß die Bauarbeiten nach Möglichkeit an ortsanfässige Unternehmer vergeben werden.

Der Bürgerausschuß Bad Dürkheim genehmigte in seiner letzten Sitzung einstimmig die Aufnahme eines Darlehens von 30 000 RM beim Reichsarbeitsministerium. Ferner wurde der Gemeindevoranschlag mit 46 gegen 10 Stimmen angenommen, welcher folgende Umlagefäße vorieht: Vom Liegenschaftsvermögen 80 Pf., vom Betriebsvermögen 25 Pf. und vom Gewerbeertrag 4 RM.

Aus der Landeshauptstadt

Verkehrsunfälle. Im Monat Oktober wurden im Bereiche der Polizeidirektion Karlsruhe-Zurlach 86 Zusammenstöße (im September 74) gemeldet. Verursacht wurden diese Zusammenstöße bei drei Kraftwagen und zwei Kraftfahrzeugen durch zu schnelles Fahren, bei 18 Kraftwagen, 10 Kraftfahrzeugen und 8 Radfahrern durch grobe Verstöße gegen die Verkehrsregeln, bei 24 Kraftwagen, 6 Motorradfahrern und 11 Radfahrern durch Unvorsichtigkeit und Fahrlässigkeit. Zusammenstöße mit der Straßenbahn vier. Getötet wurden zwei, verletzt 35 Personen. Erheblicher Sachschaden wurde bei 31 Kraftwagen, 15 Motorrädern und 21 Fahrrädern festgestellt.

Klavier-Abend A. Kremer. Wie aus dem Inzeratenteil ersichtlich, wird am Dienstag, den 8. November 1927, abends 8 Uhr, die Pianistin aus Prag, Fräulein A. Kremer, im Eintrachts-Saal einen Klavier-Abend veranstalten. Ihr geht ein bedeutender Ruf voraus. Man rühmt ihre Erfolge, die sie in Budapest, Prag und in den bedeutendsten Städten Englands erzielt hat. Aus dem Programm sei hervorgehoben außer Beethoven, Sonate E-Dur op. 109 wie Franz, Prélude, Choral et Fugue und Balafren, Islamen, Orientalische Fantasien usw. Der Karten-Vorverkauf liegt in den Händen der Musikalienhandlung Fritz Müller, hier, Kaiser-, Ede-Waldstraße, Tel. 888, sowie in der Musikalienhandlung F. A. Doert, hier, Kaiser-, Ede Ritterstraße.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Das vorwiegend heitere und milde Wetter hielt auch gestern in Baden noch an. Nur vormittags war es zeitweise wolfig mit örtlichen Nebelbildungen. Die Temperaturen lagen im Mittel 6 Grad über dem Normalwert. Inzwischen ist kühlere Luft aus Nordwesten bis nach Mitteleuropa vorgebrochen und hat heute morgen bei uns Bewölkung und vereinzelt auch Regen hervorgerufen. Die gegenwärtige Druckverteilung mit hohem Druck in Nordwesten stellt für die nächsten Tage anhaltend kühle und zu Niederschlägen neigende Witterung in Aussicht. Wetterwarte, sage für 6. November: Kühle, zeitweise aufziehende wolkige bis nordwestliche Winde meist wolfig, vereinzelt auch Regen.

RESIDENZ-LICHTSPIELE
Waldstraße Telefon 3111
LEDIGE TÖCHTER

Verschiedenes

D 1220 auf den Azoren gelandet. Das deutsche Heinkelflugzeug D 1220, das Freitag früh wie gemeldet, in Sissabon aufgestiegen war, ist 17.10 Uhr in Ponta auf den Azoren glatt gelandet. Die Maschine hat die 1680 Kilometer lange Strecke, die der Entfernung Berlin-Konstantinopel entspricht, in 9 Stunden 35 Min. zurückgelegt. Der Pilot Metz erklärte: Auf dem Fluge hatten wir erst gutes Wetter und günstigen Wind, dann häufigen Windwechsel und oft keine Sicht. Wir hielten uns zeitweise nur drei Meter über Wasser um unter den Wolken durchzukommen. Über den weiteren Flug kann noch nichts gesagt werden. Die Seeverhältnisse waren gestern abend noch nicht zu übersehen, und es herrschte ziemliche Dämung.

Überschwemmungskatastrophe in Amerika

M. B. Kenner, 5. Nov. (Tel.) Die Blätter berichten über stetig steigende Verluste an Menschenleben im überschwemmungsgebiet in den nördlichen Oststaaten. In Montpelier (Vermont) allein sind wahrscheinlich über 200 Menschen ertrunken. Der Sachschaden an Gebäuden, Eisenbahnen und Kraftwerken erreicht mehrere Millionen.

Bücheranzeige

Führer für Pilzfreunde. Begründet von Edmund Michael. Systematisch geordnet und gänzlich neu bearbeitet von Roman Schulz. Dritter Band. Pilzarten aus allen Pilzgruppen mit Ausnahme der Blätterpilze. Mit erklärendem Text von Studienrat Dr. Hennig. 121 Pilzabbildungen mit Erklärungen und 25 Seiten Text. Gebunden 7.50 RM. Verlag von Quelle & Meyer in Leipzig. — Soeben erscheint der lang erwartete 8. Band des weitverbreiteten Führers für Pilzfreunde in völlig neuer Bearbeitung. Er wird nicht allein dem Pilzsammler ein unbedingt zuverlässiger Führer und Berater sein, sondern auch dem Wissenschaffler für den weiteren Ausbau der Mykologie und zur Überprüfung seiner eigenen Pilzbestimmungen zum unentbehrlichen Nachschlagewerk werden.

Warum ewig in Miete wohnen?
Wenn man durch Erwerb eines Baupartriefes der G. d. J. für das Geld, das man sonst jährlich an Miete zahlt, sich ein freies Eigenheim schaffen kann. Unkündbares Daugebot schon zu 4%. Ums. Sicherster Weg, um ja nach den Leistungen des Sparers in kürzerer oder längerer Zeit, u. U. schon in 1 1/2 bis 2 Jahren, zum Eigenheim zu gelangen. Frage an bei der Bauparkasse der Gemeinschaft der Freunde. Wülhenrot. Württ. Sofortige Darlehen werden nicht gegeben.

Feder Familie ein Eigenheim!
In 2 1/2 Jahren an 1922 Baupartrief 31,6 Mill. RM. zugeteilt.
770

Franz Haniel & Cie. G.m.b.H. Kaiserstraße 231 Fernruf 4854/56
Großhandel Erstklassige Ruhrkohlen, Koks, Briquets Kleinhandel 786

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	5. Nov.		1. Nov.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.69	169.03	168.71	168.05
Kopenhagen 100 Kr.	112.14	112.36	112.16	112.38
Italien . . . 100 L.	22.86	22.90	22.865	22.205
London . . . 1 Pf.	20.377	20.417	20.385	20.429
Newyork . . . 1 D.	4.1845	4.1925	4.1850	4.1930
Paris 100 Fr.	16.415	16.455	16.43	16.47
Schweiz . . . 100 Fr.	80.68	80.84	80.69	80.85
Wien 100 Schilling	59.06	59.18	59.09	59.21
Prag . . . 100 Kr.	12.40	12.42	12.405	12.425

Kurze Nachrichten aus Baden

Baden, 5. Nov. In einem Wohnhaus in der Kellerei-straße wurde dieser Tage das Fachwerk und ein kunstvoll geschnitzter Kamin mit der Jahreszahl 1686 und den Buchstaben „M. B.“ freigelegt. Die Erneuerung des Kamin- und Kaminhauses nach den Plänen von Baurat Kraus, Darmstadt, wird im kommenden Frühjahr erfolgen.

Baden, 4. Nov. In der Nacht zum 3. Nov. wurden durch Einbruch in einer Blechfabrik folgende Gegenstände entwendet: 850 Ringe aus 8 Kar. Goldschienen, 20 Ringe, 440 Stk. Colliers, 60 Armbänder, 120 Collierschloßchen, 420 Ohrringe, 400 Broschets, 25 Kravattennadeln aus Silber, ferner 115 Kravattennadeln ebenfalls aus Silber mit 8 Kar. goldenen Nadelstiften. Sämtliche Gegenstände sind fogen. Imitationsstücke und mit Similis besetzt.



Badisches Landestheater

In der Städtischen Festhalle
Montag, den 7. November 1927

2. Volks-Sinfonie-Konzert

des Badischen Landestheater-Orchesters

Leitung: Rudolf Schwarz
Solist: Oskar Voigt (Violine)

1. Sinfonia-Duett Carl Goldmark
2. Violin-Konzert e-moll Mendelssohn
3. Duett zur Oper „Homo“ W. A. Mozart
4. Dritte Sinfonie Opus 90 Brahms

Anf. 8 Uhr Saal I. Abt. 3. RM Ende 10 Uhr

Montag, 14. Nov.: 3. Sinfonie-Konzert

Leitung: Josef Krips. Solist: Edwin Fischer

Eintracht

Dienstag, den 8. November 1927, abends 8 Uhr

Klavier-Abend

8.963

A. Kremar

Pianistin aus Prag

Werke von Beethoven: Sonate E-dur op. 109; Brahms: Intermezzo, A-dur op. 30; Frank: Prélude Choral et Fugue; Chopin: Drei Étüden aus op. 10 und 25; Sukk: Aus „Erlebtes und Erträumtes“ Poco Andante, Lisped und geheimnisvoll; Balakirew: Islamey, Orientalische Fantasie.

Karten zu 3,30, 2,20, 1,10 RM in der Musikalienhandlung Fr. Doert, Kaiserstr. Ecke Ritterstr. und in der Musikalienhandlung Kaiserstr. Ecke Waldstr.

Fritz Müller

Übernehme mit meinem Auto-Lieferwagen noch

Fahren aller Art

15-20 Zentner Tragkraft

WACHT AM RHEIN

Gartenstraße, Telefon 497 855

Electra-Lad-Verte G. m. b. H.

Karlsruhe i. B.

Hiermit laden wir unsere Gesellschafter zu der

21. ordentlichen Generalversammlung

welche zu Karlsruhe, Eisenweinstr. 40, stattfinden soll, auf

Dienstag, den 8. November, nachmittags 1/2 1 Uhr ein, indem wir auf die untenstehende Tagesordnung verweisen.

Tagesordnung:

1. Vorlage der Bilanzen für 1925/26 und 1926/27.
2. Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat.
3. Verschiedenes. 8.870

Die weltliche Feier der Sonn- und Festtage betr.

Am Fuß- und Betttag und am Christtag sind öffentliche Tanzbelustigungen solcher geselliger Vereine und geschlossener Gesellschaften, sportliche Wettspiele aller Art — öffentliche Aufzüge, Musikaufführungen, Gesangs- und deklamatorische Vorträge, Schaustellungen, theatralische Vorstellungen und sonstige Luftbarkeiten für den ganzen Tag verboten. Musikaufführungen und Theateraufführungen sind jedoch von 3 Uhr nachmittags ab erlaubt; am Fuß- und Betttag aber beschränkt sich diese Erlaubnis auf ernste Musik und Theaterstücke ernsten Inhalts. In Gast- und Schankwirtschaften dürfen jedoch die letztgenannten Veranstaltungen erst nach Schluß des Nachmittagsgottesdienstes, d. i. von 4 Uhr nachmittags ab, stattfinden. An den Sonntagen der Abendszeit sind Tanzunterhaltungen jeder Art verboten. 8.850
Karlsruhe, den 31. Oktober 1927. 8.850
Bezirksamt — Polizeidirektion. 8.850

Eine Louis Corinth-Ausstellung in Heidelberg. Der Kunstverein Heidelberg veranstaltet vom 13. Nov. bis 11. Dezember 1927 eine Gemälderausstellung von Louis Corinth. Diese Ausstellung wird in Baden nur in Heidelberg gezeigt werden und die bedeutenden Werke des Meisters umfassen.

Staatsanzeiger

Fürstliche Staatsprüfung

Die nächste fürstliche Staatsprüfung beginnt am Donnerstag, den 1. Dezember d. J. Die schriftlichen Anmeldungen sind bis spätestens 15. November d. J. hierher einzureichen. Bis zu diesem Zeitpunkt sind auch die schriftlichen Prüfungsarbeiten, soweit sie noch nicht eingereicht sind, zur Vorlage zu bringen.

Es wird darauf hingewiesen, daß das Bestehen der Staatsprüfung keinen Anspruch auf Anstellung im Staatsdienst gewährt.

Karlsruhe, den 3. November 1927.

Ministerium der Finanzen

— Fortabteilung —

Philipp

Das Staatsministerium hat unterm 23. Oktober 1927 Nr. 12 010 den Oberlandesgerichtsrat Dr. Gustav Jolly auf Ansuchen seines Amtes als richterliches Mitglied des Landesversicherungsamtes entbunden. Den Oberlandesgerichtsrat Dr. Julius Koelle für die Dauer seines Hauptamtes zum richterlichen Mitglied und den Oberlandesgerichtsrat Dr. Gustav Jolly und Ludwig Genter für die Dauer ihres Hauptamtes zu stellvertretenden richterlichen Mitgliedern des Landesversicherungsamtes im Nebenamt ernannt.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt:

Polizeiwachmeister Arthur Biegelmeier in Karlsruhe zum Polizeioberwachmeister in Bruchsal.

Zurückgesetzt auf Ansuchen:

Gendarmeriekommissar Theobald Schuster in Freiburg.

Justizministerium

Ernannt:

Die Gerichtsverwalter Adolf Müller beim Amtsgericht Karlsruhe, und Robert Siebenhaar beim Amtsgericht Heidelberg zu Gerichtsverwaltern, Justizinspektor Friedrich Schemel bei der Staatsanwaltschaft Offenburg zum Justizoberinspektor, Justizassistent Jakob Wähler beim Amtsgericht Rastatt zum Justizobersekretär.

Befördert:

Justizinspektor Julius Krumpholtz beim Amtsgericht Pforzheim zum Amtsgericht Baden, Justizobersekretär Artur Demange beim Amtsgericht Badolzell zum Amtsgericht Mosbach, Justizassistent Magimilian Baumann beim Amtsgericht Karlsruhe zum Amtsgericht Badolzell, Kanzleiaffistent Rätchen Wiest beim Notariat Bruchsal zum Amtsgericht Badolzell.

Entlassen auf Antrag:

Kanzleisekretärin Helene Spieß geb. Strahner beim Justizministerium.

Badische Bank

Mannheim — Karlsruhe

Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen.

TH. und O. HESSIG

Telephon 105 Karlsruhe i. B. Hirschstr. 40

G. 768 Gegründet 1878

Beton- und Eisenbeton-Hoch- und Tiefbau

Asphaltierungen

Neuzeitlicher Straßenbau

Spezialität: Solidität-Betonstraßen D. R. P.

Oeffentl. Verbands-Sparkasse Fahr.

Bilanz per 31. Dezember 1926.

Aktiva.		Passiva.	
RH	RH	RH	RH
Kasse	43 900,72	Bothsched	4 582,43
Reichsbank	23 853,57	Spareinlagen	1 440 587,90
Badische Bank	24 040,—	Festanlagen	904 794,75
Privateinlagen	655,95	Giroeinlagen	376 649,79
Girozentralen	46 124,49	Rontoforrent-Kreditoren	314 402,15
Wechsel	458 289,49	Aufwertungsmafse	163 002,24
Rontoforrent-Debitoren	1 653 041,45	Akzepte	250 000,—
Schuldscheindarlehen:		Reserve	157 727,—
an Private	246 410,12	Spezialreserve	15 000,—
an Gemeinden	116 254,46	Kontokreditoren 36 700,—	
Hypotheken	670 356,82		
Faustpfanddarlehen	4 061,45		
Zinsrückstände	14 246,74		
Betriebskapital Girozentrale Mannheim	75 500,—		
Mobilien	3 255,50		
Abschreibung	3 254,50		
Immobilien	19 331,02		
Abschreibung	19 330,02		
Akzepte	250 000,—		
Kontokreditoren 36 700,—			
	3 626 746,26		3 626 746,26

Berechnung des Reservefonds:

Der Reservefonds muß gemäß § 31 unseres Statuts rund 5 % der Gesamtsumme des Guthabens der Einleger betragen.
Er berechnet sich demzufolge: 5 % aus 3 036 434,59 RM = 151 820,— RM
Ferner sind 10 % des verbleibenden Überschusses ebenfalls dem Reservefonds zuzuschlagen, bis er die Höhe von 8 % der Gesamteinlagen erreicht, somit 10 % aus 59 070,78 RM = 5 907,— RM
157 727,— RM
8.860

Bahr, den 4. November 1927.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats:

Dr. Alfelig, Oberbürgermeister.

Der Geschäftsleiter:

Dr. Meißner.

COLOSSEUM

Waldstraße 16

Telephon 5599

Täglich

abends 8 Uhr

Die lachende

Revue

Freut euch

des Lebens!

Korbmöbel

Mercedes ab

Fabrik an jedem

Günstigen Preise,

bequeme Teilzahlg.

Vert. Sie Katalog.

Korbmöbelabrik „Mercedes“

Lorch (Württemberg)

Durlach, 8.844

Güterrechtsregister. Ein-

getragen am 28. Okt. 1927:

König, Emil, Gerber in Dur-

lach, und Frieda geborene

Wühle, Vertrag vom 28. Sep-

tember 1927, Gütertren-

nung. Das Eheverbringen

der Ehefrau ist in § 2 des

Vertrags verzeichnet.

Amtsgericht.

8.858. Bruchsal. Das

Kontursverfahren über das

Vermögen des Schlosser-

meisters Julius Kistner in

Abstadt wird eingestellt, da

eine den Kosten des Ver-

fahrens entsprechende Kon-

tursmafse nicht vorhanden ist

Bruchsal, 4. November 1927.

Der Gerichtsschreiber

des Amtsgerichts.

Freihändler

Rubholz-Verkauf.

Forstamt Kirchzarten,

Mittwoch, 16. November 1927,

nachmittags 4 Uhr: 2600 Fm.

Nadelbaumholz, Losver-

zeichnisse durch das Forst-

amt.

8.848

Badisches Landestheater

Sonntag, 6. November 1927

Außer Werte

Nachmittags

Ein besserer Herr

von Hafenclever

In Szene gesetzt von

Felix Baumbach

Herr Compaß Schulze

Frau Compaß Schulze

Frauendorfer

Schulz-Weiden

Mademacher

Möbius

Möbius

Müller

von Schmitten b. d. Trend

Frau Schmitten b. d. Trend

Wine

Quasler

Sekretär Schellenberger

Polizist Gemmede

Erste Frau Genter

Zweite „ Möder

Dritte „ Tubach

Vierte „ Lautenschläger

Fünfte „ Wulff

Sechste „ Hermsdorff

Siebente „ Bauer

Achte „ Nilian

Neunte „ Durl

Anfang 3 Ende gegen 5

I. Rang und I. Sperrfth

3 RM.

Sonntag, 6. November 1927

* G 7 Th.-Gem. 3. S.-Gr.

(2. Hälfte)

Abends

Der fliegende Holländer

von Richard Wagner

Musikalische Leitung:

Josef Krips

In Szene gesetzt von

Otto Strauß

Daland Dr. Bucherpfennig

Senta Lilly Hafgren a. G.

Eric Kentwig

Matz Strad

Steuermann Laufkötter

Holländer Nühr

Anfang 7/8 Ende 10

I. Rang und I. Sperrfth

8 RM.

Montag, 7. November 1927

Volksbühne 2

Florian Geyer

von Gerhart Hauptmann

In Szene gesetzt von

Felix Baumbach

b. Notenhahn v. d. Trend

Markgraf Friedrich

Schneider

Gemmede

v. Hauptstein Leitgeb

v. Stein Schulze

Hans v. Grumbach Mehner

v. Geyer Graf

v. Kistell Kubne

v. Hutten Dahlen

Kung v. d. Mühlen Ostholz

Gilgenesig Müller

Florian Geyer Hiel

v. Renzlingen Moebie

v. Verlichingen Gemmede

v. Hartheim Graf

Wihl v. Grumbach Brand